

Forum der Leser: Zum Bericht über die Genehmigung der Windkraftanlage in Hüttenfeld

Denk ich an Deutschland in der Nacht . . .

Von Prof. Dr. Werner Gaab

Im Regierungspräsidium (RP) passieren im Verhältnis zum Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) Dinge, die mit normalem Sachverstand schwer nachvollziehbar sind und die an der unabhängigen Funktion des RP als Aufsichtsbehörde zweifeln lassen. Dies betrifft viele Fragen unter anderem im Hinblick auf die Überwachung der Deponie, bei welcher der ZAKB offensichtlich Sonderrechte genießt - angefangen bei der Sicherung der Deponie gegen eine Verschmutzung des Grundwassers, über die Genehmigung der Nichtbewaldung der Deponie, welche die einzige nachhaltige Lösung gewesen wäre, bis nun hin zur Genehmigung der ersten Windkraftanlage (WKA) auf der Deponie trotz erheblicher Umweltprobleme und der Verletzung vieler Schutzgüter.

Fundamentale Veränderungen des Charakters der planfestgestellten Deponie erfolgen nicht in einem Planfeststellungsverfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit und mit Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung, sondern durch einfache Plangenehmigung, bei der die Öffentlichkeit und die Umweltschutzverbände ausgeschlossen werden. Im jetzigen Genehmigungsverfahren wurden ZAKB-Gutachten unter Mitwirkung des RP vermutlich solange nachgebessert, bis sie genehmigungsfähig waren. Ein privater Investor hätte in einem Genehmigungsverfahren wohl viel schlechtere Karten gehabt.

Nach dem Hessischen Landesentwicklungsplan (LEP), der im Juni 2013 beschlossen wurde - und seither Gesetz ist -, dürfte aufgrund der darin enthaltenen harten Kriterien auf der Deponie kein Windrad erstellt werden. Auch die erste Offenlegung des Regionalplans Südhessen weist das Deponiegelände dementsprechend nicht als Vorrangfläche aus und ist damit als Standort ausgeschlossen. Dennoch wird die Genehmigung der WKA vom RP kurz vor Torschluss noch nach dem alten und somit überholten Gesetz durchgeführt. Das ist nicht nachvollziehbar. Offensichtlich soll hier unter einem Grünen- Vorsitzenden des ZAKB und einer Grünen-Regierungspräsidentin auf der Deponie - koste es was es wolle - das erste Windrad im Landkreis Bergstraße errichtet werden.

Obwohl bekannt ist, dass die Rheinebene ein Schwachwindgebiet ist (wie ein TÜV-Gutachten bestätigt), soll ausgerechnet oben auf einer Deponie mit nicht gewachsenem Untergrund - und damit sehr hohen Gründungskosten - ein monströses Windrad errichtet werden. Nachdem für Gutachten bereits Hunderttausende Euro ausgegeben wurden, wird jetzt am Ende (!) auch noch eine Windmessung (Kosten: über 100 000 Euro) durchgeführt, die jeder private Investor am Anfang der Investitionsentscheidung durchgeführt hätte.

Dies setzt den ZAKB natürlich unter einen ungeheuren Erfolgsdruck und es stellt sich die Frage, ob am Ende die Bürger - hier die Müllgebührenzahler - wieder einmal für politische Fehlentscheidungen die Zeche zahlen. Wer mit derartig ineffizienten Windrädern die Energiewende herbeiführen will, befindet sich auf einem gefährlichen Irrweg - ökologisch, wirtschaftlich und auch politisch. Da fällt mir Heinrich Heine ein: "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um meinen Schlaf gebracht."

© *Südhessen Morgen*, Samstag, 13.12.2014